

SPD-Fraktion/CDU-Fraktion

20.05.2019

An:
Bürgermeisterin Sonja Leidemann

ggf. Nummer
DA106/19

- Antrag** gemäß
§ 9 Geschäftsordnung (Änderungsantrag)
- Vorschlag zur Tagesordnung**
(§ 48 GO iVm § 2 Geschäftsordnung)
- zur Beratung im: SoziWIA**
- Anfrage** (§ 10 Geschäftsordnung) zur Stellungnahme

- nachrichtlich
- Bürgermeisterin
 Ausschussvorsitzender d.
- SPD-Fraktion
 CDU-Fraktion
 Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
 Fraktion bürgerforum
 Fraktion DIE LINKE.
 Fraktion Solidarität für Witten
 FDP-Fraktion
 Fraktion WBG
 Piraten
 WITTEN DIREKT
 Pro NRW
 fraktionslose Ratsmitglieder
 Integrationsrat

Betreff
Erweiterung der Aufsuchenden Seniorenberatung

Inhalt (bei Anträgen gemäß § 47 Abs. 1 oder § 48 Abs. 1 letzter Satz GO ist auch die Dringlichkeit zu begründen)

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss beauftragt die Stadtverwaltung, die Erweiterung der aufsuchenden Seniorenberatung umzusetzen. Das soll erst einmal personalneutral geschehen. Es soll das Ziel sein, künftig allen Senior*innen im Alter von 75 Jahren aktiv Hausbesuche anzubieten. Bei diesen Terminen sollen die Berater über unterstützende Angebote für Senioren umfassend informieren.

Begründung:

Auf ausdrücklichen Wunsch von Senior*innen machen die Experten der Stadtverwaltung bereits heute Hausbesuche. Es wäre erstrebenswert, dieses Angebot weiter auszubauen. Wenn die Altersgruppe der 75-Jährigen künftig postalisch über diese Möglichkeit informiert wird, ist auch nach Einschätzung der Stadtverwaltung mit einer steigenden Nachfrage nach solchen Terminen zu rechnen. In geschützter Atmosphäre können dabei Informationen über die vielfältigen Unterstützungs-, Beratungs- und Betreuungsangebote gut vermittelt werden. Zudem können die Hausbesuche einen Beitrag dazu leisten, dass die Senioren*innen so lange wie möglich in ihren Wohnungen leben können: Die Betrachtung der konkreten Wohnsituation kann helfen, Lösungen für aufkommende Probleme zu finden, bevor sie zur Belastung werden. Wie stark die Anzahl der Hausbesuche bei einer aktiven Bewerbung des Angebotes ansteigen würde, ist nach Aussagen des Sozialamtes schwer einzuschätzen. In 2017 habe es z.B. 891 75-Jährige in Witten gegeben. Davon hätte sich allerdings gewiss nicht jeder eine Beratung gewünscht. Grundsätzlich wachse allerdings der Bevölkerungsanteil der älteren Menschen in unserer Stadt. Andererseits könnte die jetzt vorgeschlagene vorbeugende Beratung aber auch verhindern, dass akute Beratungserfordernisse entstehen. Insofern könnte das neue Angebot auf längere Sicht auch

eine entlastende Wirkung nach sich ziehen. Unterm Strich spricht daher aus unserer Sicht alles dafür, die Hilfe zu intensivieren und das neue Angebot zu starten.

SPD-Fraktion

gez.
Beate Gronau
Stv. Fraktionsvorsitzende

gez.
Claus Humbert
Ratsmitglied

gez.
Petra Schubert
Ratsmitglied

CDU-Fraktion

gez.
Klaus Noske
Fraktionsvorsitzender

gez.
Lars König
Ratsmitglied